

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/003(VI)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 24.10.2014	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:50Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12. 09. 2014 - öffentlicher Teil T0191/14
- 4 Anträge
 - 4.1 Aufhebung Planfeststellungsbeschluss Fraktion Bündnis 90/Die Grünen A0096/14
 - 4.1.1 Aufhebung Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Verkehrslandeplatzes einschließlich Verlegung der B 71/L 50 BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit S0159/14
 - 4.2 Magdeburger Dom auf die Welterbeliste Fraktion Bündnis 90/Die Grünen A0043/14
 - 4.2.1 Magdeburger Dom auf die Welterbeliste Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz (V. WP) A0043/14/1

4.2.2	Magdeburger Dom auf die Welterbeliste Kulturausschuss	A0043/14/2
4.2.3	Magdeburger Dom auf die Welterbeliste BE: Bürgermeister	S0180/14
4.3	Barrierefreie Arztpraxen Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz (V. WP)	A0066/14
4.3.1	Barrierefreie Arztpraxen BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0144/14
4.4	Anbahnung einer Städtepartnerschaft mit dem britischen Winchester (England) Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0121/14
4.4.1	Anbahnung einer Städtepartnerschaft mit dem britischen Winchester (England) BE: Oberbürgermeister	S0228/14
5	Beschlussvorlagen und Informationen	
5.1	Frauenförderplan der Landeshauptstadt Magdeburg 2014 – 2015 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0282/14
5.2	Haushaltsplan 2015 - Stellenplan 2015 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0231/14
5.3	Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement 2012/2013 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	I0120/14
5.4	Konzept zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	I0193/14
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Dr. Falko Grube

Stadtrat Jens Hitzeroth

Stadtrat Jens Rösler

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Tom Assmann

Stadtrat Olaf Meister

Stadträtin Helga Boeck

Stadtrat Hubert Salzborn

Vorsitzender des Stadtrates Andreas
Schumann

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Verwaltung

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. Stadtrat Theile

i.V.f. Stadtrat Frank Schuster

i.V.f. Stadtrat Schwenke

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Frank Theile

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 12. 09. 2014 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 12. 09. 2014 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

4. Anträge

4.1. Aufhebung Planfeststellungsbeschluss Vorlage: A0096/14

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Abt.Ltr.‘in im Dezernat III Frau Marxmeier teil.

Die Ausschüsse RWB und StBV empfehlen die Beschlussfassung zum Antrag nicht.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht erläuternde Ausführungen zur Intention des Antrages und verweist hierbei insbesondere darauf, dass für den betreffenden Bereich Sicherheit für die weitere Entwicklung des Gebietes erreicht werden soll. Fraglich ist für ihn, ob die benötigten 8 Mio Euro für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes auch aufgebracht werden können.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/FDP/BfM, legt seine Auffassung dar, dass der gefasste Planfeststellungsbeschluss Sicherheit für das Gebiet gibt und spricht sich für eine Ablehnung des Antrages aus.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, führt aus, dem Antrag in gewissem Sinne zustimmen zu können, da die Feststellung getroffen wurde, dass die erfolgte Planung so nicht zutrifft. Für eine längere Landesbahn sei ohnehin ein neuer Planfeststellungsbeschluss erforderlich. Stadtrat Boeck spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag aus.

Frau Marxmeier macht darauf aufmerksam, dass es bei vorliegendem Antrag um die Aufhebung des Feststellungsbeschlusses geht. Damit sei aber noch nicht entschieden, ob ein Ausbau des Flughafens erfolgt.

Im Weiteren verweist sie auf den bestehenden Pachtvertrag mit der Betreibergesellschaft und führt aus, dass mit der Beschlussaufhebung der Gesellschaft deren Geschäftsgrundlage entzogen wird. Insbesondere verweist sie auf sich daraus ergebende Konsequenzen für die Stadt als Mitgesellschafterin und für den Wirtschaftsstandort Magdeburg.

Der Oberbürgermeister legt dar, keinen Handlungsbedarf zu sehen und spricht sich gegen die Aufhebung des Feststellungsbeschlusses aus. Er merkt an, dass für eine Verkürzung der Landebahn kein neues Verfahren erforderlich ist.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0096/14 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zu beschließen.

- 4.1.1. Aufhebung Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des
Verkehrslandeplatzes einschließlich Verlegung der B 71/L 50
Vorlage: S0159/14
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 4.2. Magdeburger Dom auf die Welterbeliste
Vorlage: A0043/14
- 4.2.1. Magdeburger Dom auf die Welterbeliste
Vorlage: A0043/14/1
- 4.2.2. Magdeburger Dom auf die Welterbeliste
Vorlage: A0043/14/2
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch teil.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet die Stellungnahme der Verwaltung als sehr ausführlich und legt seine Auffassung dar, so wie in der Stellungnahme vorgeschlagen, d.h. entsprechend dem Änderungsantrag A0043/14/2 des Kulturausschusses zu verfahren.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, spricht sich ebenfalls für die gemäß Änderungsantrag des Kulturausschusses vorgeschlagene Verfahrensweise aus.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bezeichnet den Änderungsantrag des Kulturausschusses als unschädlich und gibt mit Hinweis auf den Zeitraum für eine mögliche Bewerbung die Empfehlung, den Antrag zurückzuziehen und erst in einigen Jahren wieder einzubringen.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch macht erläuternde Ausführungen hinsichtlich der Chancen der Stadt Magdeburg hinsichtlich der Welterbeliste und empfiehlt, prioritär die Bewerbung um das Kulturerbe-Siegel prüfen zu lassen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, erinnert an die im Jahr 1998 bereits ähnlich gelagerte Diskussion und verweist auf ein damaliges Gutachten. Er unterstützt die Auffassung des Bürgermeisters hinsichtlich der geringen Erfolgsaussichten und schlägt vor zu prüfen, warum das damalige Gutachten keine positiven Aussagen enthielt. Die entsprechenden Akten liegen im Dezernat für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr vor.

Für Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, stellt sich die Frage, welche Chancen die Stadt Magdeburg nach einer möglichen Verleihung des Kulturerbe-Siegels hat, in die Welterbeliste aufgenommen zu werden. Er unterbreitet den Vorschlag, nur Punkt 2 des Änderungsantrages des Kulturausschusses zur Beschlussfassung zu empfehlen und den Punkt 1 zu streichen.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch legt dar, dass ihm kein Ort mit Kulturerbe-Siegel bekannt sei, auf den diese Thematik zutrifft. Ebenso könne von ihm keine Aussage zur weiteren Verfahrensweise getroffen werden, da die Evaluierung der Vorschlagsliste für die Aufnahme in die Welterbeliste erst in den Jahren zwischen 2017 und 2019 erfolgt. Man müsse sich jedoch darüber im Klaren sein, dass andere Antragswege für die nächsten 20 – 30 Jahre verschlossen sind.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, legt seine Auffassung dar, dass der Magdeburger Dom zwar für die deutsche Geschichte Bedeutung habe, international gesehen bedeutendere Bauwerke existieren. Auch von ihm werden wenige Chancen für eine Aufnahme in die Welterbeliste gesehen.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich für den Änderungsantrag des Kulturausschusses aus.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen dem Stadtrat einstimmig, den Änderungsantrag A0043/14/2 des Kulturausschusses zu beschließen.

Mit dieser Beschlussempfehlung hat sich eine Abstimmung zum Antrag A0043/14 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und zum Änderungsantrag A0043/14/1 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz (V. WP) erübrigt.

4.2.3. Magdeburger Dom auf die Welterbeliste Vorlage: S0180/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.3. Barrierefreie Arztpraxen Vorlage: A0066/14

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, geht kritisch auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Er legt dar, dass im Antrag seiner Fraktion eindeutig das Anliegen dargelegt wurde ein Zeichen dafür zu setzen, dass Verwaltung und Stadtrat gemeinsam die Thematik der Barrierefreiheit kommunizieren. Es gehe darum ein Podium zu schaffen, um für das Problem der oft fehlenden Barrierefreiheit Lösungen zu finden. Er verweist darauf, dass die in der Stellungnahme getroffenen Aussagen hinsichtlich der Zuständigkeiten bekannt sind und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, im Stadtrat dennoch eine mehrheitliche Zustimmung zum Antrag zu erhalten.

Insbesondere verweist er darauf, dass es nicht um die Bereitstellung von finanziellen Mitteln gehe.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/FDP/BfM, führt aus, dass seitens des Stadtrates bereits durch die Schaffung der Position des Behindertenbeauftragten ein Zeichen gesetzt wurde. Hinsichtlich der Schaffung der Barrierefreiheit verweist er auf entsprechende Regelungen des Bau-Gesetzbuches. Für darüber hinausgehende Probleme gibt es den Behindertenbeauftragten, welcher eine gute Arbeit leistet. Er legt seine Auffassung dar, dass es für eine zusätzliche Arbeitsgruppe keinen Bedarf gebe.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, sieht ebenfalls hinsichtlich einer zusätzlichen Arbeitsgruppe keinen Handlungsbedarf. Er bezeichnet diese Forderung des Antrages als nicht notwendig und für die Stadt schwer umsetzbar. Stadtrat Rösler legt seine Auffassung dar, mit einer Beschlussfassung zu Satz 1 leben zu können, geht jedoch davon aus, dass entsprechende Maßnahmen bereits erfolgen. Er stellt den Antrag, die Beschlussfassung zu Satz 1 vorzunehmen und Satz 2 des Antrages zu streichen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sieht es als fraglich an, wie die Verwaltung gemeinsam mit dem Stadtrat umsetzen soll, dass Arztpraxen behindertengerecht zugänglich sind.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, legt dar, dass mit dem Antrag keine Kritik an der Arbeit des Behindertenbeauftragten geäußert werden soll. Dieser leiste gute Arbeit, aber diese habe auch ihre Grenzen. Zielstellung sei es, dass Stadtrat und Verwaltung die Thematik konsequent kommunizieren.

Stadtrat Müller geht nochmals klarstellend auf das Anliegen des Antrages ein. Hinsichtlich des Antrages des Stadtrates Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, legt er dar, dass eine Beschlussfassung nur zu Satz 1 des Antrages für ihn vorstellbar sei.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka informiert, dass die Thematik der Erreichbarkeit von Arztpraxen in der AG „Menschen mit Behinderung“ absolute Priorität habe. Sie spricht sich für eine Stärkung dieser Lobby aus und dafür, die Thematik Barrierefreiheit nochmals mit Krankenkassen und kassenärztlicher Vereinigung zu kommunizieren.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sieht es als ausreichend an, für ein politisches Bekenntnis eine Beschlussfassung zu Satz 1 des Antrages vorzunehmen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich ebenfalls für eine Beschlussfassung zu Satz 1 des Antrages aus.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht keinen Mehrwert in der Gründung eines neuen Gremiums. Die erforderliche Detailarbeit werde durch den Behindertenbeauftragten geleistet. Er bringt sein Verständnis hinsichtlich des Antrages zum Ausdruck, sieht jedoch keine praktische Umsetzung. Stadtrat Meister unterstützt das Anliegen des Satzes 1 als politisches Bekenntnis und spricht sich für die Streichung des Satzes 2 aus.

Im Ergebnis der geführten Diskussion empfiehlt der Verwaltungsausschuss dem Stadtrat mit 8 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und 5 Enthaltungen Satz 1 des Antrages A0066/14

- Der Oberbürgermeister wird *gebeten* sich gemeinsam mit dem Stadtrat in Umsetzung der UN-Konvention zur Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie der Dringlichkeitskiste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der LH Magdeburg dafür einzusetzen, dass Arztpraxen in der LH Magdeburg barrierefrei zugänglich sind. –

zu beschließen.

Satz 2 des Antrages wird **gestrichen**.

Hinweis: Die Beschlussempfehlung wird als Änderungsantrag A0066/14/1 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erklärt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, den Verzicht auf eine Abstimmung zum 2. Satz des Antrages A0066/14.

4.3.1. Barrierefreie Arztpraxen Vorlage: S0144/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.4. Anbahnung einer Städtepartnerschaft mit dem britischen Winchester (England) Vorlage: A0121/14

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass seitens der Verwaltung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei ein positives Votum abgegeben wurde und der Antrag im Rahmen der Ausschussberatung befürwortet wurde.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 8 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0121/14 der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei zu beschließen.

4.4.1. Anbahnung einer Städtepartnerschaft mit dem britischen Winchester (England) Vorlage: S0228/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Frauenförderplan der Landeshauptstadt Magdeburg 2014 – 2015 Vorlage: DS0282/14

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz, die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf und die Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka teil.

Der Beigeordnete Herr Platz macht anhand einer Power-Point-Präsentation erläuternde Ausführungen zum Hintergrund des Frauenförderplanes. Er gibt dabei einen Überblick über die Gesamtbeschäftigung in der Verwaltung und dem prozentualen Anteil an Frauen an der

Gesamtbeschäftigung sowie der Verteilung von Führungspositionen. Im Weiteren geht er auf den Anteil der Frauen bei den Stellenbesetzungen im Zeitraum 01. 01. 2011 bis 31. 12. 2013 sowie bei den Ausbildungsberufen ein.

Abschließend benennt er die Oberziele der Frauenförderung gemäß Frauenfördergesetz LSA

1. Chancengleichheit hinsichtlich der beruflichen Situation und der Entwicklung,
2. Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen,
3. Erhöhung des Frauenanteils in unterrepräsentierten Bereichen und
4. Chancengleichheit bei der Mitwirkung an Entscheidungsprozessen.

Hinweis: Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, nimmt Bezug auf die Darstellung des Frauenanteils bei Stellenbesetzungen und hinterfragt das Vorliegen einer Statistik hinsichtlich des Frauenanteils bei den Bewerbungen.

In Beantwortung der Nachfrage verweist die Fachbereichsleiterin Frau Mittendorf auf die Darstellungen in der Information I0120/14 – Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement 2012/2013.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, legt seine Auffassung dar, dass hinsichtlich der Frauenförderung bei Ausbildungsberufen kaum Einflussmöglichkeiten bestehen. Am Beispiel der Tätigkeit bei der Feuerwehr sieht er jedoch eine Möglichkeit der Einflussnahme, indem bereits im Vorfeld z.B. auf Berufsfindungsmessen darauf hingewiesen wird, dass hierfür eine handwerkliche Ausbildung erforderlich ist. Er bezeichnet dies als wichtig, da es mit einer falschen Ausbildung sehr schwer sei, diesen Berufsweg zu beschreiten.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP-BfM, verweist auf den Zusammenhang der familiären Vorbildwirkung auf die Berufswahl.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, nimmt Bezug auf die Darstellung des Anteils Frauen in Führungspositionen und legt dar, dass hier noch kein befriedigendes Ergebnis erreicht wurde. Bei der Fortschreibung des Frauenförderungsplanes müsse hierauf besonderes Augenmerk gelegt werden.

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka unterstützt die Auffassung von Stadtrat Schuster. Sie legt dar, dass sich durch das Engagement in den einzelnen Dezernaten die Frauenförderung positiv verändert hat und verweist insbesondere darauf, dass mit den Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Führungspositionen (z.B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf) sich Magdeburg gegenüber der Wirtschaft in einer besseren Position befindet. Hinsichtlich der Frauenförderung bezeichnet sie es als wichtig, auch weiterhin unterstützende Instrumente wie Coachingseminare anzubieten.

Frau Ponitka schätzt ein, dass sich die Stadt auf einem guten Weg befindet und der Frauenförderplan ein gutes Konzept für die Verwaltung sei.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die DS0282/14 zur Kenntnis.

5.2. Haushaltsplan 2015
- Stellenplan 2015
Vorlage: DS0231/14

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz sowie die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses liegen ergänzende Unterlagen zum Stellenplan (Organigramm, Veränderungsliste, Zusammenstellung der Stellenanzahl im doppelten Haushalt) sowie 2 Änderungsanträge zum Stellenplan vor.

Anhand einer Power-Point-Präsentation macht der Beigeordnete Herr Platz erläuternde Ausführungen zur Personalstellenentwicklung seit 2002 und geht auf die Zielstellung der Kompensation des Stellenaufwuchses im Jahr 2015 ein.

Hinsichtlich der Darstellung des Standes des Besetzungsverfahrens unbesetzter Stellen informiert er, dass zum Stichtag 30. 06. 2013 insgesamt 231 Stellen unbesetzt waren. Mit dem Hinweis auf die in diesem Bereich bestehende besondere Fluktuation führt er aus, dass zum Stichtag 30. 09. 2014 insgesamt 143 Stellen unbesetzt sind.

Im Weiteren macht der Beigeordnete Herr Platz Ausführungen zur Personalkostenentwicklung seit 2000 und zur Personalkostenbedarfsplanung und geht dabei insbesondere auf Risikopositionen ein.

Zur Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, hinsichtlich einer fehlenden Darstellung erforderlicher Tarifanpassungen führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass der derzeitige Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst noch bis Ende 2015 läuft.

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, hinterfragt den kw-Vermerk im Fachbereich 40. Hierzu informiert die Fachbereichsleiterin Frau Mittendorf, dass es sich dabei um den Wegfall einer 0,5 Stelle handelt.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, hinsichtlich der vorherigen Zuordnung der Bereiche Gesellschaftshaus und Gewächshäuser verweist die Fachbereichsleiterin Frau Mittendorf insbesondere darauf, dass es sich bei den hier angegebenen Stellen um keinen Stellenaufwuchs handelt.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, spricht seinen Dank für die gegebene Übersicht aus. Bezug nehmend auf die Entwicklung der Stellenanzahl trifft er die Feststellung, dass hier die Steigerungsrate in den Bereichen unterschiedlich ausfällt. Als auffällig bezeichnet er die erhebliche Anzahl der Neubewertung vorhandener Stellen und hinterfragt, ob sich dies zukünftig weiter fortsetzen wird.

Weiterhin merkt er an, dass im Vergleich der Anzahl der tatsächlich besetzten Stellen festzustellen ist, dass diese zur Mitte des Jahres erhebliche Differenzen zur Anzahl der Stellen im Haushaltsplan aufweisen. Am wesentlichsten sei das in den Teilplänen I und V zu beobachten.

Hinsichtlich der Angaben zur Stellenbesetzung verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass diese Stichtag bezogen zu betrachten sind. Was zum 30. 06. maßgeblich war, ist zum jetzigen Zeitpunkt bereits überholt.

Herr Platz sagt zu, im Verwaltungsausschuss eine kontinuierliche Berichterstattung zur Stellenbesetzung vorzunehmen.

Ergänzend informiert Frau Mittendorf, dass Stichtage über die Regelungen der GemHVO vorgegeben werden. Z.B. sei für Auszubildendenstellen Stichtag der 15. 08.

Im Weiteren macht die Fachbereichsleiterin Ausführungen zum Stellenbesetzungsverfahren.

Hinsichtlich der Stelleneingruppierungen legt der Oberbürgermeister dar, dass dieser Prozess im Wesentlichen abgeschlossen sei.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, hinsichtlich der Verfahrensweise zur Besetzung der Stelle des Leiters des Gesellschaftshauses informiert der Oberbürgermeister über seine Festlegung, hier zunächst die Arbeitsaufnahme des neuen Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport und dessen weitere Entscheidungen dazu abzuwarten.

Zur weiteren Nachfrage des Stadtrates Müller hinsichtlich der Kosten für die Stadtmedienstelle gibt die Fachbereichsleiterin Frau Mittendorf die Zusage, hierzu im Rahmen der Klausurtagung des Finanz- und Grundstücksausschusses zum Haushalt 2015 entsprechend zu informieren.

In Beantwortung der Nachfrage der Stadträtin Boeck, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, hinsichtlich der Dauer eines Stellenbesetzungsverfahrens verweist der Oberbürgermeister darauf, dass es hier keine zeitliche Norm gibt.

Ergänzend informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass erfahrungsgemäß ein Stellenbesetzungsverfahren im Durchschnitt 4 Monate dauert, aber auch längere Verfahren möglich sind.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die im Änderungsantrag aufgeführte Stelle Sachbearbeiter/in Aufenthaltsbeendende Maßnahmen und hinterfragt, ob es sich hier um eine Fachkraft für Abschiebungen handelt.

Beantwortend verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass es sich hier um Mitarbeiter handelt, die gesetzliche Vorgaben durchsetzen. Er macht erläuternde Ausführungen zum Aufgabenprofil der Stellen und zum Hintergrund der zusätzlichen Stellen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, geht kritisch auf die derzeitige Dauer der Bearbeitung von Straßenausbaubeiträgen ein und bezeichnet einen Zeitraum von 1,5 Jahren für den Erlass von Bescheiden als bürgerunfreundlich. Er wirft die Frage auf, ob es nicht sinnvoller sei, zumindest zeitweise wenigstens für die Abarbeitung der Bescheide zusätzliches Personal bereit zu stellen.

Hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass seitens des zuständigen Beigeordneten diese Frage abschlägig beantwortet wird. Als Begründung wird dazu ausgeführt, dass eine Einarbeitung in die fachliche Bearbeitung zu komplex sei, so dass der zeitweise Einsatz von Hilfskräften nicht sinnvoll sei. Insbesondere verweist der Oberbürgermeister auf die Aussage des Beigeordneten, dass sich auf Grund des Zeitraumes der Beitragsbearbeitung keine negativen finanziellen Auswirkungen für die Stadt ergeben.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen den nachfolgenden Änderungen zum Stellenplan zu:

In den Stellenplan 2015 werden zusätzlich folgende Stellen aufgenommen:

I.

Sozial- und Wohnungsamt

1 Stelle Sachgebietsleiter/in Leistungsgewährung nach AsylbLG, EG 11

0,5 Stelle Sachbearbeiter/in Belegungsmanagement, EG 8

1 Stelle Sachbearbeiter Sachbearbeiter/in Akquise und Ausstattung von Unterbringungs-
möglichkeiten, EG 6

Fachbereich Bürgerservice- und Ordnungsamt

1 Stelle Sachbearbeiter/in Aufenthaltsbeendende Maßnahmen, EG 9

2,9 Stellen Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten, EG 8

Begründung:

Mit dem Grundsatzbeschluss DS0064/14 vom 04.03.2014 sowie dem Beschluss des Oberbürgermeisters zur DS0263/14 vom 29.07.2014 zur Schaffung weiterer Kapazitäten zur Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sind die Grundlagen für die zukünftige Sicherung des gesetzlichen Auftrages nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5-8 Aufnahmegesetz gesetzt. Zur sozialen Sicherung der Asylbewerber bedarf es jedoch auch einer zügigen Bearbeitung ihrer ausländerrechtlichen Anliegen, der Sicherung des Existenzminimums sowie einer ausreichenden Betreuung durch qualifiziertes Personal.

II.

Mit Beschluss zur Erweiterung der Aufnahmekapazitäten für Asylbewerber vom 21.10.2014 (DS0429/14) sind weitere 4,5 Stellen zur sozialen Betreuung der Zuwanderer und der Verwaltung der Unterkünfte notwendig und mit der Drucksache beschlossen worden.

2 Stellen Hausverwalter/in, E 8

2,5 Stellen Betreuer/in, S 6

III.

1 Stelle SB Überwachung fließender Verkehr (Innendienst), E 8

Begründung:

Infolge der Beratung zur Information „Überwachung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit“ (I0276/14) ist für die Bearbeitung der Verfahren des fließenden Verkehrs eine zusätzliche Stelle einzurichten. Der tatsächliche personelle Aufwand entspricht nicht dem geplanten Aufwand im Rahmen der Projektentwicklung. Geplant war eine jährliche Fallzahl von 15.000 Verfahren. Tatsächlich wird jetzt bei einer durchschnittlichen monatlichen Fallzahl von rund 4.000 eine jährliche Fallzahl von 48.000 erreicht. Der hieraus resultierende Arbeitsaufwand ist mit dem vorhandenen Personal in der Bußgeldstelle nicht zu bewältigen.

IV

Korrekturen

Die ausgewiesenen ATZ-Stellen im Dezernat III lauten 1 Stelle und nicht wie im Entwurf aufgeführt 2 Stellen. Damit vermindert sich die Gesamtstellenzahl des Entwurfs auf **2671,8750 Stellen**.

Ausweisung der Stelle Bürgermeister (B 6) bei Bg II
(Verminderung des Stellenplans um eine Stelle Beigeordnete/r B 4)

Hinweis: Die Änderungen werden als Änderungsantrag DS0231/14/3 des Oberbürgermeisters dem Finanz- und Grundstücksausschuss sowie dem Stadtrat am 09. 12. 2014 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Stellenplan unter Beachtung der vorliegenden Änderungen in seiner Sitzung am 09. 12. 2014 zu beschließen.

Hinweis: Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

5.3. Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement
2012/2013
Vorlage: I0120/14

Die Information wird bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses zurückgestellt.

5.4. Konzept zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse
Vorlage: I0193/14

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

6.1. Stellungnahmen der Verwaltung

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, kritisiert das bisher uneinheitliche Verfahren bei der Erstellung von Stellungnahmen der Verwaltung zu Anträgen und Anfragen des Stadtrates. Er unterbreitet hinsichtlich der Stellungnahmen zu Anträgen den Vorschlag, hier den Antragstext mit aufzuführen. Ebenso sollte bei der Benennung der Einbringer eine einheitliche Form gewählt werden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt zu, in seiner Dienstberatung eine entsprechende Festlegung zu treffen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin